

Keine Renaissance der Kernkraft!

VON WOLFGANG KUREK

Am 31.12.2022 endet die Betriebserlaubnis der letzten in Deutschland verbliebenen Atomkraftwerke. Der Ausstieg aus der Kernenergie – eine Konsequenz des Reaktorunfalls im japanischen Kernkraftwerk Fukushima vor zehn Jahren – war lange Zeit unstrittig, wird aber momentan wieder kontrovers diskutiert. Ursache hierfür ist zum einen die gegenwärtige Preisexplosion bei Strom und Gas; zum anderen werfen aber auch die berechtigten Ziele des Klimaschutzes die Frage auf, inwiefern Kernenergie als Brückentechnologie zur Versorgungssicherheit beitragen kann. Vor allem geht es um eine sichere Verfügbarkeit der Ressource Strom, wenn Deutschland zur Erlangung von Klimaneutralität die Kohleverstromung aufgibt, auf erneuerbare Energien setzt und der Bedarf infolge wachsender Elektromobilität steigt. Nicht nur die Kernkraft-Lobby, sondern auch einige Klimawissenschaftler plädieren für einen Energiemix, zu dem auch die Kernkraft gehören sollte. Sie argumentieren vorrangig mit der Klimafreundlichkeit, das heißt den niedrigen Treibhausgasemissionen sowie der Verlässlichkeit dieser Technologie. Während Sonne und Wind nicht kontinuierlich für die Stromerzeugung zur Verfügung ständen, sei die Kernkraft ebenso planbar wie stabil. Schließlich werden auch Länder wie Frankreich ins Feld geführt, wo Präsident Macron kürzlich die staatliche Förderung von Mini-Reaktoren bekannt gab.

Doch wie stichhaltig ist diese Argumentation? Nur elf Prozent des derzeit in Deutschland generierten Stroms wird der IAEA zufolge von Kernkraftwerken generiert. Eine Laufzeitverlängerung der noch verbliebenen Kraftwerke wäre also kaum eine Option, um mögliche Versorgungsengpässe zu kompensieren. Aus Kostengründen käme ebenso wenig ein Hochfahren bereits stillgelegter Meiler in Betracht. Und letztlich sei darauf verwiesen, dass Kernkraftwerke in ihrer heutigen Bauweise nicht gut mit den hoch dynamischen erneuerbaren Energien harmonieren und ihre Verlässlichkeit hinterfragt werden darf: Nach Mycle Schneider, deutscher Energie- und Atompolitikberater, waren Frankreichs Meiler im Jahre 2020 etwa ein Drittel der Zeit wegen Wartungsarbeiten abgeschaltet. Wichtigstes Argument gegen die Kernkraft bleiben jedoch die mit ihr verbundenen Risiken. Auch wenn sich Standards verbessern, ist ein sicherer Betrieb im Falle von Naturkatastrophen oder Terrorangriffen nicht gewährleistet. Ferner ist in Deutschland die Frage nach der Endlagerung von radioaktivem Müll ungelöst. Wenn 2022 die letzten Atomkraftwerke schließen, verbleiben 27 000 Kubikmeter Kernbrennstoffe, von denen noch für viele Hunderttausend Jahre hochradioaktive Strahlung ausgeht. Aus christlicher Schöpfungsverantwortung kann Kernkraft daher kein Instrument zur Lösung der Klimakrise sein. Ein Übel würde mit einem schlimmeren bekämpft werden; die Nachhaltigkeit der Erde wäre ernsthaft gefährdet. Insofern ist die Feststellung der Deutschen Bischöfe von 2007, wonach die Probleme der Kernenergie aus Gründen intergenerationaler Gerechtigkeit nicht den Folgegenerationen aufgebürdet werden dürfen, aktueller denn je!



Der Autor ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle (KSZ) in Mönchengladbach. *Foto: KSZ*

Die Kolumne erscheint in Kooperation mit der KSZ.